Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 157. | Dresden, Dienstag den 11. Juli 1911. | 22. Jahrg.

Die Furcht vor der positiven Arbeit des Proletariats.

Seit Jahrzehnten hört man im bürgerlichen Lager immer wieder den Sang von der Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie, die nur hetzen und Phrasen dreschen, aber positive Arbeit nicht leisten könne. Dieses Gejammer über die angebliche Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie ist aber weiter nichts als ganz elende Heuchelei. Es ist in Wirklichkeit unseren Staats- und Ordnungsstützen nichts peinlicher, als wenn sich sozialdemokratische Arbeiter auf irgendeinem Gebiete mit Erfolg praktisch betätigen. Der Wunsch, Sozialdemokraten möglichst von jeder praktischen, im Interesse der Volksmassen liegenden Betätigung zu hindern, war eine der Hauptursachen des Raubes der Selbstverwaltung in den Ortskrankenkassen.

Unsere Staatserhaltenden wurmt es nun gewaltig, daß die Arbeiterkonsumvereine eine so prächtige Entwicklung genommen haben und daß diese mit den Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten. Natürlich wird sofort behauptet, daß die Sozialdemokratie die Konsumvereine für ihre Zwecke benutzen wolle. Nachdem schon Graf Mirbach im Tag in dasselbe Horn geblasen hat, schreibt die Kreuzzeitung in ihrer Nummer vom Montag abend:

> Man wird es von der Sozialdemokratie, die zielbewußt die Niederlage verfolgt, jede sich ihr bietende Gelegenheit zur Machterweiterung auszunutzen, nur begreiflich finden, daß sie nicht nur auf die Konsumorganisation der Konsumvereinsbewegung, sondern auch auf deren Kapitalkraft die Hand zu legen bestissen ist, und diese angeblich nur im wirtschaftlichen Interesse der Arbeiter geschaffenen Vereine zu einem politischen Instrumente behufs Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens auszugestalten sucht.

Ganz besonderen Verdruß aber hat es der Kreuzzeitung bereitet, daß auf dem Gewerkschaftskongreß die Gründung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungskasse beschlossen worden ist. Die Bedeutung dieses Beschlusses liegt nach ihrer Meinung nach 1. in einer ungemeinen, dem Koalitionsrechte gleichenden Verstärkung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Werbekraft. 2. In der Sammlung eines ungeheuren Kapitals, das natürlich für sozialdemokratische Parteizwecke ausgenutzt werden wird. (In der privaten Volksversicherung ist gegenwärtig ein Kapital von 1345 Millionen Mark vorhanden.) 3. In der Monopolisierung dieses Versicherungszweiges und 4. in der Erzielung eines erheblichen Ueberschusses für die Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftskassen. (Der Jahresüberschuß der privaten Volksversicherung betrage trotz der hohen Verwaltungskosten von fast 17½ Millionen rund 17½ Millionen Mark.)

Es ist eine natürlich vollständig aus der Luft gegriffene Behauptung, daß durch die Volksfürsorge Ueberschüsse für die Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftskassen erzielt werden sollen. Es sollen durch die neue Einrichtung die Verwaltungskosten, die heute bei den privaten Unternehmungen sehr beträchtlich sind, bedeutend vermindert werden und die Summen, die dadurch erspart werden, sowie die, die heute den Aktionären der Versicherungsgesellschaften zufließen, sollen den Versicherten zugute kommen. Die Partei und ihre Kasse hat mit der ganzen Volksfürsorge überhaupt nichts zu tun.

Aber wie kann man auch nur von einem Blatte wie der Kreuzzeitung verlangen, daß sie danach fragt, ob das, was sie schreibt, richtig ist. Was von der Arbeiterschaft kommt, darauf muß geschimpft werden, auf ein paar Verdrehungen kommt's dabei nicht an. Natürlich ruft das Scharfmacherblatt gleich die Staatsgewalt zu Hilfe. Am liebsten wäre es gewiß unseren Junkern und den ihnen geistesverwandten Scharfmachern von der Industrie, wenn durch ein neues schönes Ausnahmegesetz den Konsumvereinen nebst den Gewerkschaften der Garaus gemacht würde. Das konservative Organ schreibt:

> Es fragt sich nun, ob der Staat diesem Unternehmen gegenüber sich gleichgültig verhalten soll. An und für sich wird dagegen, daß sich Vereine eine Unterstützungskasse schaffen, nichts eingewendet werden können. Anders aber liegt die Sache, wenn man erfährt, daß für diese Kasse nicht nur eine ungeheure Agitation entfaltet, sondern daß auch das Konsumvereinswesen für den Agitationszweck in weitem Umfang von Monopolisierung, dem jedenfalls auf irgendeine Weise Einhalt werden muß. Die Monopolisierungsgelüste sind namentlich der sozialdemokratischen Konsumvereinsbewegung sehr lebhaft. Vereine suchen schon jetzt den Verkauf von Massenartikeln unter sich zu monopolisieren und deren Familien zu monopolisieren. Sie schlagen damit auf das empfindlichste unser Kleingewerbe. Sie sollen aber auch vermittels ihrer Einkaufsgenossenschaft die Eigenproduktion von Massenbedürfnissen, die Ausschaltung des Großkapitals der Konsumvereine rubig zusieht. Was aber auf jeden Fall und bestimmter Produktionsgruppen an. Es wird also nicht verhindert werden muß, das ist der von der Sozialdemokratie ersehnte Hilfsruf auch der Bezeichnung ihrer Unterstützungskasse als „Volksfürsorge". Das ist ein Name, der einem lediglich für sozialdemokratische Parteizwecke gegründeten Unternehmen auf keinen Fall zukommt und der auch hinsichtlich unserer nationalen Arbeiterversicherung, die eine wirkliche Volksfürsorge darstellt, nur irreführend wirken müßte.

Zu dem Verlangen der Kreuzzeitung nach einem Vorgehen gegen die Konsumvereine ist eine um so größere Unverschämtheit, als die Konsumvereine nichts anderes tun als die von den Parteigenossen der Kreuzzeitung geleiteten landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Bund der Landwirte. Diese suchen den Verkauf der von Landwirten gebrauchten Futter- und Düngemittel, Maschinen, landwirtschaftlichen Geräten usw. zu monopolisieren. Ja sogar Warenhäuser sind vorhanden, die von den Landwirten für sich gegründet worden sind. Die Herren Agrarier fragen den Quack danach, ob ein paar Mittelstandsexistenzen ruiniert werden, wenn sie sich durch genossenschaftlichen Zusammenschluß Vorteile verschaffen können. Aber wenn die Arbeiter dasselbe tun, dann fängt das konservative Heuchlerpack ein wehleidiges Gegreine über die Schädigung des Kleingewerbes an. Die Herren haben es ja auch hie und da erreicht, daß kleine Geschäftsleute auf die verlogene Phrase von der konservativ-agrarischen Mittelstandsfreundlichkeit hereingefallen und ihnen nachgelaufen sind. Die Dummen werden eben nicht alle. . . .

Der Arbeiterschaft aber zeigt das gehässige Geifern des Junkerblattes, daß die Gewerkschaften mit ihrem Beschluß, die Volksfürsorge einzuführen, auf dem rechten Wege gewesen sind. Je mehr sich die Junker über eine Maßregel, die von der Arbeiterschaft ergriffen wird, ärgern, desto sicherer kann man sein, daß etwas für das Proletariat Nützliches geschaffen wird. Für die Arbeiter muß die verbissene Wut der Junker über die wirtschaftlichen Erfolge des Proletariats ein Ansporn sein, mit unermüdlicher Energie an dem Ausbau ihrer wirtschaftlichen Organisationen, der Gewerkschaften und Genossenschaften, weiter zu arbeiten.

* * *

Unser Berliner Mitarbeiter macht zu den Ausführungen der Kreuzzeitung folgende treffende Bemerkungen:

Heute darf jeder Schwindler eine Volksversicherung oder ein anderes Versicherungsunternehmen begründen, die Konservativen werden dagegen nichts einzuwenden haben. Wenn aber eine gewaltige Organisation, in der alle privatkapitalistischen Erwerbsabsichten ausgeschlossen sind und die schon durch ihre ungeheure Ausdehnung ein bisher ungekanntes Maß von Festigkeit und Sicherheit bietet, die Volksversicherung in die Hand nehmen will, holt die Kreuzzeitung eiligst den Schutzmann. Das Privatkapital mag räubern wie es will, die Junker sind zufrieden und kaufen sich selber Aktien. Stehe aber, wenn ein solides, nur dem Gemeinwohl dienendes Unternehmen auch nur entfernt nach Arbeiterbewegung und Sozialismus riecht. Da muß es sofort verboten werden!

Ganz einig über die Art, in der die Volksfürsorge vom Leben zum Tode gebracht werden soll, scheinen ja ihre Gegner noch nicht zu sein. Wenigstens wagt es die Kreuzzeitung nicht, den neulichen Vorschlag der Post aufzunehmen; man möge doch, um der Qual ein Ende zu machen, das ganze Volksversicherungswesen verstaatlichen. Vielleicht macht sie das gefährliche Beispiel Italiens stutzig, wo die geplante Verstaatlichung der Lebensversicherung jetzt von den Kapitalisten als erster Akt der sozialistischen Expropriation verschrien wird. Sie will sich nicht, um der sozialdemokratischen Charybdis zu entgehen, in die staatssozialistisch-demokratische Szylla stürzen. Sie beschränkt sich also, ohne etwas anderes an die leere Stelle zu setzen, gegenüber der aufdauernden positiven Arbeit der Arbeiterbewegung, wie gewöhnlich auf die bloße Negation. Für die neue Aera der konservativen Partei, die Herr v. Heydebrand in der Hallischen Zeitung ankündigt, ein vielversprechender Anfang!

Marokko-Hunger.

Die Besetzung von Agadir kann nicht zum Schutz deutschen Lebens und Besitzes erfolgt sein, weil es in Südwestmarokko nichts Deutsches gibt und nicht geben kann, solange die jetzigen Verhältnisse von Land und Leuten nicht geändert werden. Die deutsche Flottenaktion kann vielmehr nur einen Sinn haben: die militärischen Vorbereitungen zu treffen, damit künftig die Entfaltung deutscher Kapitalisten ermöglicht wird: „Berlin" soll der Vorläufer deutscher Besitznahme sein.

Das ist die ungeheure Gefahr der Marokkopolitik, daß diesem verschlossenen Land der Ruf massenhafter natürlicher Reichtümer anhaftet, und daß es deshalb in gewissen Kreisen verlockend scheint, die bisher ohne jeden Nutzen vergeudeten weltpolitischen Milliarden hier wieder herauszuholen. Wir sprachen von dem Ruf marokkanischer Schätze. Denn was wir Zuverlässiges über Marokko (außerhalb des arabischen Sultanbereiches) wissen, ist trotz der ungezählten darüber gedruckten Schriften blutwenig. So weit die „Forscher" nicht einander ausgestrichen haben, stammt sehr vieles aus den Erzählungen von Süd- und Rif-Marokkanern, die in Tanger leben oder zeitweilig arbeiten. Insbesondere Südmarokko ist unbekanntes Land. Die wenigen Reisenden, die sich dort hinein wagten, blieben immer nur ein paar Tage in der gefährlichen Gegend und hatten weder Zeit noch Raume, mehr als die oberflächlichsten Beobachtungen zu erhaschen. Immerhin, so viel der Ruf übertreiben mag, wertlos ist Marokko keineswegs. Deshalb ist die Agitation für eine deutsche Besitzergreifung durchaus nicht seit heute und gestern. Schon vor einem Jahrzehnt schrieb z. B. Kurt Hoerricke in der Deutschen Rundschau für Geographie und Statistik (1901):

> „Die Erschließung und Zugänglichmachung des Innern von Marokko würde dem deutschen Unternehmungsgeiste Gegenden von geradezu fabelhaftem natürlichem Reichtum eröffnen. In dieser Beziehung käme insbesondere das wilde Sus-Land in Betracht, dessen ungeahnte und heute noch unzugänglichen Mineralschätze eines Tages Europa in Erstaunen setzen werden. Daß uns hierin niemand zuvorkommt, muß unsere größte und vornehmste Aufgabe in Marokko sein, die alle darauf zu verwendenden Anstrengungen überreichlich belohnen würde. Nichts könnte dieselbe mehr fördern, als die Erwerbung einer Kohlenstation im südlichen Marokko und dieses Hinterlandes, die zum Kristallisationspunkt für weitere Unternehmungen werden könnte, selbst auf die Gefahr hin, daß die Konkurrenzmächte entsprechende Kompensationen fordern und erhalten würden. Hier faß' zu, deutscher Michel, wenn du bei der Aufteilung des Erdballs nicht mal wieder zu kurz kommen willst."

Schon vor zehn Jahren hat man also die Besetzung von Agadir dringend gefordert, auf die Gefahr hin, daß dies Faß'-zu-Michel schwerste internationale Konflikte heraufbeschwören würde. Ganz abgesehen davon, daß die im Sustal eingeborene Bevölkerung ihr Land nicht gutwillig hergibt und ihre Kunstschützen aus den Atlasbergen mit Strömen von Blut den Boden düngen würde, bevor sie ihn ausliefern.

* * *

Die Mannesmanninteressen im Sus.

London, 10. Juli. Ein Ingenieur der Firma Mannesmann, der am Sonnabend aus dem Susland (dem Distrikt um Agadir) kommend in Tanger eintraf und gestern nach Berlin weiterreiste, teilte dem Tangerer Korrespondenten der Daily Mail mit, er sei vor sechs Monaten mit vier Begleitern und Geschenken seiner Firma für die eingeborenen Stammeshäuptlinge in Agadir gelandet. Die Gesellschaft sei zwei Tage in Agadir geblieben und habe dann im Innern Schürfarbeiten vorgenommen, bei denen Gold- und Kupferlager gefunden wurden; dann hätten sie von Arabern, die sie gut aufnahmen, Land gekauft. Der Ingenieur verließ in Tinzulin am 12. Juni seine Gefährten, um Gesteinsproben und die Kaufverträge nach Berlin zu bringen.

*

Die Besprechung zwischen Cambon und Kiderlen.

Paris, 10. Juli. Die Berliner Berichte über den Beginn der Unterhaltung zwischen Cambon und Kiderlen konstatieren, daß sie von beiden Teilen mit dem guten Willen geführt wurde, zu einem guten Abschluß zu gelangen. Der Anfang des Gesprächs soll nach Pariser Meldungen etwas kühl gewesen sein. Es war von der Entsendung des Panther die Rede; Botschafter Cambon drückte seine Ueberraschung aus, Herr v. Kiderlen-Wächter bezeichnete den deutschen Standpunkt. Beide Herren waren über die Auffassung auf beiden Seiten rasch im klaren, und der weitere Verlauf der Konversation gestaltete sich freundschaftlich. Kiderlen-Wächter äußerte einige Ideen, die Cambon seiner Regierung mitzuteilen versprach. Nun war wieder Kiderlen-Wächter darüber erstaunt, daß Cambons Instruktionen ihm keine Freiheit zu sofortiger Antwort ließen. Die Rückberufung des deutschen Kriegsschiffs wurde von Frankreich weder verlangt, noch von Deutschland angeboten. Ueber die Art etwaiger Kompensationen soll noch nicht im Detail gesprochen worden sein. Wenn das aber auch bereits geschehen ist, wird man vorläufig nichts erfahren, da die Regierungen darüber einverstanden sind, über diesen Teil der Verhandlungen erst etwas verlauten zu lassen, wenn es aus dem Stadium der Beratung zum Stadium fester Abmachungen gelangt. Nach dem Matin glauben Cambon wie Kiderlen-Wächter an eine dauernde Lösung der Differenz.

*

El-Mokri gegen Spanien und gegen Deutschland.

Paris, 10. Juli. Dem Temps liegt eine Erklärung El-Mokris, des Vertreters des Sultans von Marokko in Paris, vor. El-Mokri beginnt mit der Bemerkung, daß es dem Sultan gelungen sei, die Ruhe in der Gegend um Fez wiederherzustellen „mit Hilfe der Unterstützung Frankreichs, die der Sultan verlangt hat." El-Mokri habe einen Brief vom Sultan erhalten, in dem gesagt wird: Ein Unglück wäre unvermeidlich gewesen, wenn französische Truppen nicht schnell gekommen wären. Es gab nur die Wahl zwischen zwei Lösungen, entweder die Stadt den Rebellen auszuliefern, oder Frankreichs Hilfe zu erbitten. Die letzte Lösung wurde gewählt im Interesse des Thrones, der in Fez eingeschlossenen Fremden und der treu gebliebenen Bevölkerung von Fez. Der Sultan habe an Frankreich appelliert im Namen des Algecirasvertrages. Die französische Intervention beruhe auf der Basis dieses Vertrages und habe weder die Unabhängigkeit des Sultans noch die politische Lage in Marokko geändert. Diese Intervention sei, wie die Erklärungen Cruppis bewiesen, nur vorübergehend; dagegen sei die spanische Intervention unberechtigt und unerwartet, und deshalb habe der Sultan gegen sie protestiert. Der nun folgende Passus über die deutsche Aktion lautet wörtlich: „Kürzlich hat die deutsche Regierung uns angezeigt, daß sie, um die deutschen Interessen im Sus zu schützen, provisorisch und ohne unfreundliche Absicht ein Kriegsschiff nach Agadir gesandt habe. Die Aktion Deutschlands ist ungerechtfertigt: einmal weil Agadir ein geschlossener Hafen, sodann weil das Land vollkommen ruhig ist. Als Vertreter des Sultans beschränke ich mich auf die Erklärung, daß, wenn wirklich (was ich nicht glaube) die europäischen Interessen in Agadir gefährdet sein sollten, die scherifische Regierung alle Mittel anwenden wird, um sie zu schützen. Wenn Agadir ein offener Hafen wäre, und wenn der dortige Handel des Schutzes bedürfte, wäre es Sache des Obersten Müller, zu diesem Zwecke Vorschläge zu machen." Hier wird dann der Artikel 7 des Algecirasvertrags angeführt; darauf wird noch einmal betont, daß dieser Fall nicht in Betracht komme, da Agadir ein geschlossener Hafen sei und keine fremden Kaufleute dort wohnten. „Ich weiß," schloß der Vertreter des Sultans, „daß Verhandlungen über Agadir, Larrasch und Alkassar eingeleitet sind; ich will über sie kein Urteil abgeben, glaube aber, daß die eventuellen Abmachungen den Vertrag von 1906 nicht abändern könnten, der die rechtliche Grundlage aller Beziehungen zwischen Marokko und den europäischen Regierungen bleibt."

Eine scherifische Truppe gegen die Spanier.

Tanger, 10. Juli. Es verlautet, daß der Sultan sich zu einem militärischen Vorgehen gegen die Spanier im Norden